



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 44. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 27.11.2012, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der 42. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und der 15. Sitzung des Ausschusses für Energiewirtschaft Stadt Eberswalde vom 06.11.2012
- 3.1. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 43. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 06.11.2012
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
- 7.1. Information und Diskussion zum Konzept "Badeanstalt"
- 7.2. Information über die Baumaßnahme "Fischaufstiegsanlage Neuehütte"
- 7.3. Information zum Ausbau der Eisenbahnstraße, 4. BA durch den Landesbetrieb Straßenwesen
- 7.4. Information über die Niederschlagswasserleitung in der Bergerstraße

- 7.5. Information über die Auswertung Dialog-Display im Brandenburgischen Viertel
- 7.6. Bericht über die Aufgaben der Referentin für soziale Angelegenheiten, Gleichstellungsaufträge und Behindertenbeauftragte
8. Informationsvorlagen
- 8.1. Vorlage: I/061/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Integriertes Handlungskonzept im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Forschungsfeld "Kooperation konkret" / Modellvorhaben Eisenbahnstraße - gemeinsam zu mehr Lebensqualität
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 10.1. Vorlage: BV/891/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vereinbarung zwischen der Straßenbauverwaltung und der Stadt Eberswalde über die Kostenteilung für die Planung der Baumaßnahme B 167, Eisenbahnstraße, 4. BA bis Knotenpunkt Bergerstraße
- 10.2. Vorlage: BV/888/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Flächennutzungsplan Stadt Eberswalde Behandlung der Stellungnahmen
- 10.3. Vorlage: BV/890/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt-
Verstetigungskonzept
- 10.4. Vorlage: BV/883/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vorplanung Ausbau der Verkehrsanlage Ammonstraße
- 10.5. Vorlage: BV/889/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 23 - Liegenschaftsamt
Grundstückstausch mit dem Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst

10.6. Vorlage: BV/887/2012

Einreicher/zuständige

Dienststelle: LINKSREBELL./

Allianz freier Wähler

Haushaltssatzung 2013/2014 Änderungsantrag: Erhöhung der finanziellen Mittel für die allgemeine Straßenunterhaltung sowie für die Geh- und Radwegsanierung

10.7. Vorlage: BV/872/2012

Einreicher/zuständige

Dienststelle: 20 - Kämmerei

Haushaltssatzung 2013 / 2014

10.8. Vorlage: BV/892/2012

Einreicher/zuständige

Dienststelle: SPD Fraktion

Wiederbefahrbarmachung der L 293 ("Telekomstraße") zwischen der Stadt Eberswalde und der Stadt Biesenthal

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Sachse begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Zu Beginn der Sitzung sind 9 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend.

(siehe Teilnahmeliste Anlage 1)

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der 42. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und der 15. Sitzung des Ausschusses für Energiewirtschaft Stadt Eberswalde vom 06.11.2012

Herr Sachse informiert, dass Herr Trieloff die letzten beiden Sätze im TOP 5 streichen lassen möchte, da die Abstimmung über die Dezembersitzung bereits erfolgt ist (Doppelung).

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

TOP 3.1

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 43. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 06.11.2012

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Sachse informiert, dass

TOP 7.1 Information und Diskussion zum Konzept „Badeanstalt“ und

TOP 7.5 Information über die Auswertung Dialog-Display im Brandenburgischen Viertel von der Tagesordnung gestrichen werden und die Informationen im Januar 2013 gegeben werden.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Sachse informiert, dass am 15.01.2013 die Sitzung des ABPU stattfindet.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Fellner informiert, dass am 04.12.2012 die neue Brücke im Leibnizviertel über den Finowkanal errichtet und vor Ort zusammenmontiert und eingehoben wird.

TOP 7.1

Information und Diskussion zum Konzept "Badeanstalt"

Das Konzept „Badeanstalt“ wird in der Sitzung im Januar vorgestellt.

TOP 7.2

Information über die Baumaßnahme "Fischaufstiegsanlage Neuehütte"

Frau Fellner gibt eine kurze Einleitung.

Herr Krone vom Wasser- und Bodenverband stellt in einer Präsentation die „Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit der Ragöse in der Ortslage Chorin“ vor.

(Anlage 2)

Herr Hey bitte um genauere Erläuterung zum Standort.

Herr Krone zeigt an Hand eines Planes den Standort.

Herr Nuglisch fragt, was bendische Organismen sind.

Herr Krone antwortet, dass sind Insektenlarven und Muscheln, die sich im Fließgewässer nach oben bewegen.

Herr Sachse bedankt sich bei Herrn Krone für seine Ausführungen.

TOP 7.3

Information zum Ausbau der Eisenbahnstraße, 4. BA durch den Landesbetrieb Straßenwesen

Frau Fellner begrüßt die Kollegen vom Landesbetrieb Straßenwesen Frau Schmidt, Herrn Otte und Herrn Nessler.

Frau Fellner stellt in einer Präsentation die Infrastrukturmaßnahmen im Stadtzentrum 2013-2016 vor.

(Anlage 3)

Herr Otte vom Landesbetrieb Straßenwesen stellt in einer Präsentation die Instandsetzung und Erneuerung der B 167 in der Ortsdurchfahrt von Eberswalde Eisenbahnstraße zwischen

Puschkinstraße und Schwärzebrücke vor.

(Anlage 4)

Frau Fellner bedankt sich bei Herrn Otto für seine Ausführungen.

Frau Fellner informiert ergänzend, dass mit den Gewerbetreibenden in diesem Bereich bereits erste Einzelgespräche zur bevorstehenden Baumaßnahme vorgesehen und terminisiert sind.

Herr Dr. Mai fragt, ob die neuen Ampelanlagen so eingestellt werden, dass es eine grüne Welle gibt bzw. die neuen Anlagen an die alten Anlagen angepasst werden.

Herr Otte antwortet, dass die Straße nicht nur für Autofahrer da ist, sondern auch für Fußgänger und Radfahrern. Durch die Ampelanlage wird den unterliegenden Verkehrsteilnehmern die Möglichkeit gegeben, die Straßen zu überqueren. Herr Otte sagt weiterhin, dass die Ampelanlagen aufeinander abgestimmt werden.

Des Weiteren fragt Herr Dr. Mai, ob eine Querung/Verbindungsmöglichkeit unter der Brücke für Fußgänger zum Finowkanalpark hin hergestellt werden kann. Für Herrn Dr. Mai stellt sich die Frage, ob die Kostenverteilung zwischen Landesbetrieb Straßenbetrieb und Stadt Eberswalde einvernehmlich oder gesetzmäßig vorgegeben ist.

Frau Fellner antwortet zur Kostenaufteilung, dass das gesetzmäßig vorgeschrieben ist.

Frau Leuschner antwortet, dass der Aspekt der Querungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Stadtpromenade geprüft wurde.

Es sind aber andere Aspekte dazugekommen, das Problem mit der Schwärze (Hochwassergeschehen) und dass der Weg von der Stadtpromenade nicht barrierefrei hergestellt werden kann, so dass diese Möglichkeit der Querung nicht machbar ist

Frau Fellner bekräftigt die Aussagen von Frau Leuschner noch einmal.

Herr Nuglisch gibt zu Bedenken, dass es durch die weiteren Lichtsignalanlagen mehr Umweltbelastungen geben wird und fragt ob es nicht sinnvoll wäre, einen Kreisverkehr herzustellen.

Herr Otte antwortet, dass es Untersuchungen zum Kreisverkehr gegeben hat. Ein Kreisverkehr hat eine bestimmte Leistungsfähigkeit. Im Ergebnis der Untersuchungen wurde aber festgestellt, dass der Kreisverkehr hier nicht leistungsfähig ist.

Herr Pringal fragt, ob der Radverkehr im Bereich Knoten Puschkinstraße/Eisenbahnstraße nicht durchgängig ist und ob das Parkraumbewirtschaftungskonzept angepasst ist.

Herr Otte antwortet, dass der Radverkehr durchgängig ist.

Frau Leuschner antwortet, dass bereits im Vorfeld die Anpassung zum Parkraum-bewirtschaftungskonzept vorgenommen wurde.

Frau Wagner fragt, ob die Fußgänger/Radfahrer über die Baustelle kommen und ob während der Bauphase der Treidelweg und die Brücke offen sind.

Frau Köhler antwortet, der Treidelweg ist befahrbar, die Brücke aber im nächsten Jahr noch einmal für 1-2 Monate gesperrt werden muss.

Frau Wagner hinterfragt die Unterhaltungskosten für die Lamellenreinigungsanlage.

Herr Otte antwortet, dass die Unterhaltungskosten für die Lamellenreinigungsanlage nicht bekannt sind.

Frau Köhler fügt hinzu, dass es bereits Lamellenreinigungsanlagen gibt, die Kosten ihr aber auch nicht bekannt sind.

Herr Wittig fragt im Hinblick auf die Barrierefreiheit, ob doppelte Querungstreifen vorgesehen sind.

Herr Otte antwortet, dass die Planung mit der Behindertenbeauftragten abgestimmt wurde.

Herr Müller fragt, ob es im Bereich Michaelisstraße und Eisenbahnstraße und zwar in Richtung Eisenbahnstraße eine Rechts- und Linksabbiegespur gibt.

Die Anfrage wurde mit ja beantwortet.

Frau Oehler sagt, dass auf Grund von Untersuchungen der Radverkehr, wenn er mit auf der Straße geführt wird, günstiger ist. Frau Oehler fragt nach den Gründen der separaten Radverkehrslösung.

Herr Otte antwortet, dass nach den Untersuchungen von bestimmten Verkehrswerten ausgegangen wird, d. h. es ist für den Radfahrer auf der Straße zu fahren gefährlicher.

Herr Banakiewicz fragt nach der jetzigen und zukünftigen Fahrbahnbreite und nach einer Abschaltung der Lichtsignalanlage bei Nacht.

Herr Otte teilt mit, dass sich die Fahrbahnbreite nicht wesentlich ändert.

Herr Otte antwortet zum Abschalten der Anlage, dass hier die Straßenverkehrsbehörde zuständig ist.

TOP 7.4

Information über die Niederschlagswasserleitung in der Bergerstraße

Frau Köhler stellt in einer Präsentation den Neubau Regenwasserkanal Bergerstraße von der Zimmerstraße bis zur Zufahrt Aldi vor.

(Anlage 5)

Frau Oehler fragt, ob sich der Sammler im Straßenkörper befindet.

Frau Köhler antwortet, dass sich diese auf der südlichen Seite der Fahrbahn befinden.

TOP 7.5

Information über die Auswertung Dialog-Display im Brandenburgischen Viertel

Die Information über die Auswertung Dialog-Display im Brandenburgischen Viertel wird in der Sitzung im Januar gegeben.

TOP 7.6

Bericht über die Aufgaben der Referentin für soziale Angelegenheiten, Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte

Frau Bunge stellt in einer Präsentation den Bericht über die Aufgaben der Referentin für soziale Angelegenheiten, Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte vor.

(Anlage 6)

Herr Zinn bemängelt den Verweis für Behinderte auf eine Fahrstuhlanlage im Bürgerzentrum im Brandenburgischem Viertel.

Herr Zinn kritisiert, dass die Beleuchtung an den Bushaltestellen im Brandenburgischen Viertel, insbesondere in der Spechthausener Straße, fehlt.

Frau Bunge sagt, dass alle Bushaltestellen in Bezug auf Barrierefreiheit untersucht wurden und das Problem bekannt ist.

Ein Antrag auf Förderung wurde gestellt.

Herr Hey fragt, ob Frau Bunge an den Veranstaltungen/Meetings, die der Landkreis mit Bauvorlagenberechtigten Ingenieuren und Architektenteil durchführt, mit eingebunden wird, die im Zusammenhang mit barrierefreien Maßnahmen stehen.

Frau Bunge sagt, dass sie an solchen Veranstaltungen noch nicht teilgenommen hat.

Frau Fellner sagt dazu noch, dass auf diesen Veranstaltungen unterschiedliche Themen angesprochen werden. Sie versucht, dass dieses Thema in einer der nächsten Veranstaltungen auf der Tagesordnung kommt und nicht vergessen wird.

Frau Wagner fragt, ob bei der Baumaßnahme Stadtpromenade am Finowkanal alle barrierefreien Maßnahmen berücksichtigt wurden.

Frau Bunge beantwortet die Frage mit ja.

Frau Wagner wies auf die Schriftgröße im Amtsblatt hin und bittet um Prüfung in Bezug auf die Barrierefreiheit.

Frau Bunge sagt eine Prüfung zu.

Herr Nuglisch fragt, ob Frau Bunge in ihrer Migrationsarbeit Einfluss auf das Erlernen der deutschen Sprache nehmen kann.

Frau Bunge antwortet, dass diese Aufgabe von der Integrationsbeauftragten des Landkreises Barnim wahrgenommen wird.

TOP 8

Informationsvorlagen

TOP 8.1

Integriertes Handlungskonzept im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Forschungsfeld "Kooperation konkret" / Modellvorhaben Eisenbahnstraße - gemeinsam zu mehr Lebensqualität

I/061/2012

Frau Heinz vom Büro Ernst Basler und Partner stellt in einer Präsentation das Integrierte Handlungskonzept im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Forschungsfeld „Kooperation konkret“ / Modellvorhaben Eisenbahnstraße – gemeinsam zu mehr Lebensqualität vor.

(Anlage 7)

Herr Hey würde es für gut befinden, dass die Eisenbahnstraße den Charakter einer unverwechselbaren Straße haben sollte, da die Konkurrenz zur Friedrich-Ebert-Straße groß ist.

Frau Heinz bedankt sich für die Hinweise und Anregungen.

Frau Heinz sieht es genauso, dass die Eisenbahnstraße unverwechselbar sein muss.

Frau Heinz sieht in den Akteuren vor Ort eine große Bedeutung, die sich in dem Projekt einbringen.

Frau Oehler spricht die grünen Innenhöfe an und ist gegen eine dauerhafte Öffnung der Innenhöfe für die Öffentlichkeit.

Frau Heinz sagt dazu, dass die Innenhöfe nur für kleinere Feste oder eventbezogen geöffnet werden eine dauerhafte Öffnung der Innenhöfe soll nicht vorgenommen werden.

Herr Sachse bedankte sich bei Frau Heinz für ihre Ausführungen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt nimmt das Integrierte Handlungskonzept im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Forschungsfeld „Kooperation konkret“ / Modellvorhaben Eisenbahnstraße – gemeinsam zu mehr Lebensqualität zur Kenntnis.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Herr Müller bezieht sich auf den Baubeschluss Neubau der Brücke Schicklerstraße/Schwärze, der beinhaltet, dass mit dem Bau im September begonnen werden sollte, bisher ist jedoch nichts dergleichen geschehen. Seine Frage geht dahin, wann nun der Baubeginn ist.

Frau Fellner antwortet, dass die entsprechenden Informationen im ABPU im Januar 2013 gegeben werden.

9.2 Frau Wagner hinterfragt die Möglichkeit der Ausweisung des Radverkehrs in der Schicklerstraße.

Frau Köhler sagt eine Prüfung zu.

9.3 Frau Oehler hinterfragt die Ausschreibung für die Grünpflege.

Frau Oehler bezieht sich auf die beschränkte Ausschreibung in 2008 und auf die Vergabe im Hauptausschuss in 2010. Auf Grund der finanziellen Mittel im Haushalt wurden 20,0 T€ gestrichen und es wurde eine Reduzierung der zu pflegenden Grünflächen vorgenommen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Oehler gibt den Hinweis, dass das Baustellenschild zum Bauvorhaben Michaelisstraße entfernt werden sollte, da die Baumaßnahme abgeschlossen ist und die Grünfläche ist noch nicht in dem Zustand, dass sie gepflegt werden kann.

Frau Köhler sagt eine Prüfung zu.

9.4 Herr Zinn spricht die negative Entwicklung des Einkaufszentrum im Heidewald an.

Er bittet Frau Fellner mit den Verwaltern zu der Problematik zu sprechen.

Frau Fellner antwortet, dass die Anregung geprüft wird.

9.5 Herr Dr. Mai gibt den Hinweis, dass die Holzbänke auf dem Markt unter den Platanen beschädigt sind und fragt, ob hier noch Regressforderungen durch die Stadt an die Baufirma möglich sind. Er fragt und bittet um Prüfung, welches Holz verwendet wurde.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Frau Köhler beantwortet die Anfrage von Frau Oehler im letzten ABPU am 06.11.2012 zum Stand der Abarbeitung der Mängel auf dem Marktplatz.

Beleuchtung:

Hier werden bis zum 21.12.2012 die Trafos kontrolliert und danach die LED-Lichter.

Platzfläche:

Hier wurden zwei Abschnitte bereits abgearbeitet, der dritte Abschnitt musste vorerst beendet werden, da die Austauschplatten nicht mehr reichen und zurzeit nachbestellt werden. Sobald es die Witterung in 2013 zulässt, wird dann weitergearbeitet.

Eisensäuerling:

Hier befindet sich der Subunternehmer in Insolvenz. Unser Hauptauftragnehmer lehnt die Gewährleistungsansprüche ab (Schreiben vom 23.11.2012). Hier erfolgt kurzfristig ein Termin mit dem Rechtsamt zur weiteren Vorgehensweise.

Herr Sachse unterbreitet den Vorschlag,
die Beschlussvorlage Nr. BV/891/2012

„Vereinbarung zwischen der Straßenbauverwaltung und der Stadt Eberswalde über die Kostenteilung für die Planung der Baumaßnahme B 167, Eisenbahnstraße, 4. BA bis Knotenpunkt Bergerstraße“

vor der Beschlussvorlage Nr. BV/888/2012

„Flächennutzungsplan Stadt Eberswalde – Behandlung der Stellungnahmen“

zu behandeln, da die Kollegen vom Landesbetrieb Straßenwesen teilnehmen möchten.

Herr Sachse stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vereinbarung zwischen der Straßenbauverwaltung und der Stadt Eberswalde über die Kostenteilung für die Planung der Baumaßnahme B 167, Eisenbahnstraße, 4. BA bis Knotenpunkt Bergerstraße

BV/891/2012

Frau Wagner hinterfragt die Aussagen im Vertragsentwurf zum Abwasserkanal (Regenwasserkanal). Abwasser ist als Regen- und Schmutzwasser definiert oder soll es tatsächlich eine Straßen- und Regenentwässerung sein oder soll ein Abwasserkanal gebaut werden.

Frau Köhler antwortet, dass Regenwasser lt. Wassergesetz Abwasser ist, darum hier Abwasserkanal.

Herr Banaskiewicz fragt, ob die Stadt Grundstücke noch ankaufen muss.

Frau Köhler antwortet, dass Grundstücksankäufe getätigt werden müssen und die dafür vorgesehenen Kosten sind hier nicht eingeplant.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss der Vereinbarung zwischen der Straßenbauverwaltung und der Stadt Eberswalde über die Kostenteilung für die Planung und den Bau der Baumaßnahme B 167, Eisenbahnstraße 4. BA bis Knotenpunkt Bergerstraße, entsprechend den wesentlichen Inhalten des als Anlage beigefügten Vertragsentwurfes. Unwesentliche Änderungen sind unschädlich.

TOP 10.2

Flächennutzungsplan Stadt Eberswalde Behandlung der Stellungnahmen

BV/888/2012

Frau Leuschner stellt in einer Präsentation den bisherigen und den zukünftigen Verfahrensablauf zum Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde vor.

(Anlage 8)

Herr Dr. Mai gibt zur Kenntnis, dass er aus seiner Tätigkeit als Lehrer weiß, dass die in der Folie 9 (Anlage 8) gekennzeichnete Fläche Teil des Schulgeländes war und als Sportplatz damals genutzt wurde. Er ist erstaunt, dass dieser Bereich jetzt nicht mehr zur Schule gehört.

Herr Dr. Mai lehnt eine Änderung der Flächendarstellung im Bereich des Flugplatzes ab und ist für eine Beibehaltung der Waldfläche auf dem Flurstück 957 (Flur 18, Finow). Er ging bei der Vorstellung des Projektes im ABPU am 06.11. 2012 davon aus, dass zur Realisierung ein BPL aufzustellen ist und nicht noch der in Aufstellung befindliche FNP geändert werden muss. Er befürwortet grundsätzlich dieses Vorhaben, spricht sich aber für eine Verwirklichung an anderer geeigneter Stelle aus.

Frau Wagner lehnt die Änderung im Bereich des Schulstandortes Nordend mit der Begründung ab, dass dieses Areal als Flächenpotential für eine zukünftige Nachnutzung bei Schließung des Schulstandortes verbleiben soll, um dieses Quartier dann als Ganzes entwickeln zu können (z. B. Altenheimstandort).

Eine Änderung der Flächendarstellung im Bereich des Flugplatzes wird durch Frau Wagner ebenfalls abgelehnt. Sie betont, dass die Information durch den Vorhabenträger im ABPU am 06.11. 2012 einseitig war. In der AG FNP gab es aus dem Bescheid zur Bauvoranfrage weitere Informationen, die einer Bebauung dieses Areals entgegenstehen und für die Beibehaltung der bisherigen Darstellung im FNP (Waldfläche) sprechen. Sie kritisiert, dass diese Informationen wiederum hier nicht mitgeteilt werden.

(Anmerkung der Verwaltung: Informationen finden sich in der Synopse Anlage 1 unter dem Punkt 5.5., 8.1 und 8.2. wieder).

Frau Jahn betonte noch mal, dass nur der in Folie 10 (Anlage 8) rot gekennzeichnete Bereich heute zum Schulgelände gehört.

Frau Fritze ergänzt, dass die gegenwärtige Darstellung dieser Teilfläche im FNP-Entwurf als „Fläche für Gemeinbedarf“ somit nicht dem gegenwärtigen Bestand entspricht.

Herr Dr. Spangenberg erklärte, dass er der Diskussion in der AG FNP am 30.10.2012 entnommen hat, dass die Fläche an der Nordendschule „Waldfläche“ bleiben soll.

Dem widersprach Frau Fellner und betonte, dass diese Fläche bisher nie als Waldfläche dargestellt war, ebenso wenig wie die angrenzenden Flächen. Sie schlägt nach der Diskussion vor, die gegenwärtige Darstellung im FNP-Entwurf zu belassen und die Fläche gegenwärtig nicht als Wohnbaufläche zu entwickeln. Damit bleibt die Entwicklung dieses Areals der Zukunft vorbehalten.

Herr Pringal schließt sich diesem Vorschlag von Frau Fellner bezüglich der Fläche an der Nordendschule an und lehnt auch eine Änderung der Flächendarstellung im Bereich des Verkehrslandeplatzes ab.

Frau Fellner fasste die Ablehnungsgründe aus der Bauvoranfrage bezüglich des Vorhabens im Bereich des Verkehrslandeplatzes auf Nachfrage zusammen. Die Bauvoranfrage wurde abgelehnt, da dieses Vorhaben nur auf Grundlage eines Bebauungsplanes genehmigt werden kann, da gegenwärtig diverse Belange dem Vorhaben entgegenstehen und erst in einem BPL-Verfahren untersucht und abgewogen werden müssen. Für die Aufstellung eines BPL ist eine entsprechende Flächendarstellung im FNP Voraussetzung und der gegenwärtige FNP-Entwurf lässt eine Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht zu.

Aus diesem Grund sollte der Vorhabenträger im letzten ABPU über seine Pläne berichten, ohne dass seitens der Verwaltung gleich ein Entscheidungsvorschlag vorbereitet wurde. Hier wurden bereits Vor- und Nachteile sowie Bedenken hinsichtlich dieses Vorhabens genannt (siehe auch Synopse Punkte 5 und 8 gemäß Anlage 1). Die Mehrheit im ABPU am 06.11.2012 war für eine Aufstellung eines BPL, die AG FNP, die sich detaillierter mit der Fläche beschäftigt hat, lehnte dagegen dieses Vorhaben an diesem Standort ab. Deshalb muss die Stvv letztendlich entscheiden, ob der Vorhabenträger sein Projekt an diesem Standort umsetzen kann oder nicht und diese Flächen im FNP-Entwurf wie bisher als Wald dargestellt wird oder die Flächendarstellung zu ändern ist (gemäß Anlage 2).

Frau Fellner sprach sich für die Beibehaltung der Flächendarstellung „Waldfläche“ aus und betonte, dass dies dem Votum des letzten ABPU, welches sich mit knapper Mehrheit für das Vorhaben ausgesprochen hat, widerspricht. Wenn die bisherige Darstellung im FNP verbleibt, kann kein BPL aufgestellt werden und die Verwaltung würde dieses dem Investor mitteilen.

Herr Postler erkundigte sich noch einmal nach der konkreten Flächen, auf die sich die Einwendung der Brandenburgischen Boden (Synopsis Punkt 17) bezieht.

Frau Fellner bestätigt, dass es sich um die Fläche in Südent (westlich der Wiedemannstraße) handelt und die bisherige Flächendarstellung (Waldfläche) verbleiben soll.

Herr Sachse stellt die Anlage 1 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Über die abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf des Flächennutzungsplanes vom 12.04.2012 wird entsprechend den in der beigefügten Synopsis des Stadtentwicklungsamtes (Anlage 1) vom 02.11.2012 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

Herr Sachse stellt die gesamte Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Über die abgegebenen Stellungnahmen zum Entwurf des Flächennutzungsplanes vom 12.04.2012 wird entsprechend den in der beigefügten Synopsis des Stadtentwicklungsamtes (Anlage 1) vom 02.11.2012 enthaltenen Beschlussvorschlägen entschieden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Bürger, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Der Entwurf des Flächennutzungsplanes ist entsprechend dem Abwägungsergebnis zu ändern und zur Billigung erneut vorzulegen.

TOP 10.3

Verstetigungskonzept

BV/890/2012

Das Verstetigungskonzept wird **als Anlage 9** der Niederschrift beigefügt.

Frau Oehler fragt, wie mit den eingereichten Anregungen und Hinweisen umgegangen wird. Frau Leuschner antwortet, dass es eine große Zustimmung zu den Handlungsfeldern zum Verstetigungskonzept gibt. Es besteht aber großer Bedarf, einzelne Bereiche zu konkretisieren, insbesondere Finanzbedarf und Prioritätensetzung der Einzelmaßnahmen.

Über die Umsetzung des Verstetigungskonzeptes soll regelmäßig und zeitnah berichtet werden.

Frau Leuschner sagt, dass die Anregungen und Hinweise in dem Verstetigungskonzept eingearbeitet werden. Das Konzept ist zunächst bewusst auf Handlungsfelder konzentriert. Als einen der nächsten Schritte ist die Umsetzung von Maßnahmen. Es wird dazu aber einen Maßnahmen- und Durchführungsplan geben.

Herr Zinn sagt, dass er enttäuscht ist, dass nicht alle Fraktionen zum Verstetigungskonzept zugearbeitet haben und ist auch enttäuscht über die Beschlussvorlage selbst, da es seiner Meinung nach nur um das Quartiersmanagement geht.

Herr Zinn kritisiert das vorhandene Verstetigungskonzept und gibt seine Ausführungen zur Beschlussvorlage und zum Entwurf des Verstetigungskonzeptes schriftlich als Anlage zur Niederschrift.

(Anlage 10)

Herr Zinn hat die Beantwortung seine Anfrage bezüglich Sprecherrat „Soziale Stadt“ des Ortsteils Brandenburgisches Viertel, Eberswalde vom Landkreis Barnim, Untere Kommunalaufsichtsbehörde vom 19.10.2010 an die Stadtverwaltung, Baudezernentin, Frau Fellner übergeben.

(Anlage 11)

Frau Leuschner antwortet, dass es richtig, dass nur eine Stellungnahme zum Entwurf des Verstetigungskonzeptes mit Stand September 2012 abgegeben wurde. Die Stellungnahme von Herrn Zinn vom Oktober 2012 ist im Stadtentwicklungsamt eingegangen und ist in die weitere Bearbeitung zum Verstetigungskonzept mit einbezogen und berücksichtigt worden. Zum Quartiersmanagement/Sprecherrat sagt Frau Leuschner, dass das Gremium im Brandenburgischen Viertel nicht gegen kommunalaufsichtsrechtliche Regelungen verstößt.

Dazu gibt es die o. g. Stellungnahme vom Landkreis Barnim.

Zum Stadtumbau sagt Frau Leuschner, dass mit Stadtumbau nicht nur Abriss gemeint ist, durch das Programm Soziale Stadt werden auch Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt.

Herr Pringal hinterfragt die auf Seite 5 der Beschlussvorschläge die angegebenen 24,0 T€ pro Jahr für Qualifizierung des Quartiermanagement und bittet um nähere Erläuterung.

Frau Leuschner antwortet, dass mit der Qualifizierung die insgesamt qualitative Verbesserung des Quartiersmanagement gemeint ist.

Herr Dr. Spangenberg vermisst im Verstetigungskonzept die Zielstellung, dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken. Der Beschlussvorlage kann er so nicht zustimmen.

Frau Leuschner verweist auf die im Konzept enthaltene Wohnungsmarktstrategie.

Herr Zinn ist für die Fortführung des Programms Soziale Stadt.

Herr Dr. Mai sagt, dass neben den Abrissen auch Neues entsteht, so z. B. Umbau von Schulen, Anlegen von Gemeinschaftsgärten. Herr Dr. Mai findet das Verstetigungskonzept gut.

Herr Sachse sagt, dass das Verstetigungskonzept ein positives Konzept ist und begrüßt es, dass anstatt des derzeitigen Sprecherrates es ein Stadtteilverein geben wird.

Herr Sachse gibt die Anregung, eventuelle Neubauvorhaben grundsätzlich nur auf der Fläche Frankfurter Allee anzusiedeln (Turnhalle, ehemalige Kaufhalle).

Frau Fellner fragt, nur kommunale Neubauvorhaben.

Herr Sachse sagt, dass das auch für private Vorhaben gilt.

Herr Schubert bittet, dass die 24,0 T€ für Qualifizierung des Quartiermanagement in einem Maßnahmenkatalog untersetzt werden.

Frau Fellner antwortet, dass die einzelnen Maßnahmen in ein Maßnahmenkonzept untersetzt werden

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde fasst auf Basis des „Verstetigungskonzeptes Soziale Stadt“ für das Programmgebiet Brandenburgisches Viertel (Stand September 2012) einen Selbstbindungsbeschluss.

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den zuständigen Behörden aufzunehmen, um die Fördergebietskulisse „Soziale Stadt“ aufrecht zu erhalten und weiterführende Förderungen zu akquirieren.

Die zur angemessenen Förderung des Brandenburgischen Viertels im Rahmen des Programms Soziale Stadt erforderlichen Mittel werden mit jährlich 30 T€ (davon 10 T€ KMA) veranschlagt und sind ab dem Haushalt 2015 einzustellen.

TOP 10.4

Vorplanung Ausbau der Verkehrsanlage Ammonstraße

BV/883/2012

Herr Mecke vom Planungsbüro FPG stellt in einer Präsentation die Vorplanung Ausbau der Verkehrsanlage Ammonstraße vor.

(Anlage 12)

Frau Köhler fügt noch hinzu, dass als Vorzugsvariante Variante 1 vorgeschlagen wird.

Herr Pringal spricht die in der Präsentation angegebene Durchfahrtsbreite von 3,0 m und die Breite der Autos von 2,0 m zur Stellplatzproblematik an.

Herr Kumm fragt, ob die linke Straßenseite mit einem Tiefbord versehen wird.
Die Frage wird mit nein beantwortet.

Herr Kumm fragt weiterhin, ob Gespräche mit den Anliegern stattgefunden haben.
Frau Köhler antwortet, dass noch keine Einwohnerversammlung durchgeführt wurde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Vorplanung mit Stand vom September 2012 für den Ausbau der Verkehrsanlage Ammonstraße vorbehaltlich der Bestätigung des Haushaltsplanes 2013/2014.

TOP 10.5

**Grundstückstausch mit dem Land Brandenburg, Landesbetrieb Forst
BV/889/2012**

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgenden Grundstückstausch mit dem Land Brandenburg (Landesforstverwaltung) zu vollziehen:

Die Stadt Eberswalde tauscht das Grundstück der Forstbaumschule Stadtsee einschließlich Verwaltungsgebäude/Wohnhaus und angrenzender Waldflächen, Flur 8 Gemarkung Eberswalde, Flurstücke 70/1, 72/1, 243 sowie eine Teilfläche des Flurstücks 70/2, gelegen an der Angermünder Chaussee, mit einer Gesamtgröße von ca. 19,1 ha und einem Wert von 192.375,00 € gegen das Grundstück des Landes Brandenburg (Landesforstverwaltung), Flur 12 Gemarkung Eberswalde, Teilfläche des Flurstücks 165, Schwappachweg 17 und 18 bebaut je mit einem Wohnhaus und Nebengebäuden (ehemalige Forsthäuser) mit einer Gesamtgröße von ca. 3.744 qm und einem Wert von 100.090,00.€

Der durch das Land Brandenburg an die Stadt Eberswalde auszugleichende Mehrwert beträgt 92.285,00 €

TOP 10.6

Haushaltssatzung 2013/2014 Änderungsantrag: Erhöhung der finanziellen Mittel für die allgemeine Straßenunterhaltung sowie für die Geh- und Radwegsanierung BV/887/2012

Herr Dr. Mai spricht sich gegen diese Beschlussvorlage aus und wird der Vorlage unter der gegenwärtigen Haushaltssituation und Abwägung aller Notwendigkeiten nicht zustimmen.

Herr Banaskiewicz fragt, wie viel Mittel 2012 zur Verfügung stehen und wie die zusätzlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden sollen.

Frau Köhler antwortet, dass in diesem Jahr 190,0 T€ für Straßenunterhaltung und 250,0 T€ für Gehwegsanierung zur Verfügung stehen.

Herr Hey findet den Beschlussvorschlag gut. Er würde es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung beauftragt wird, Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen und zu finden.

Herr Sachse stellt die Größenordnung des Änderungsantrages in Frage und wird der Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Pringal unterstützt die Aussage von Herrn Dr. Mai, aber ebenso Herrn Hey. Der Beschlussvorlage wird aber auf Grund der Haushaltssituation nicht zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP 10.7

Haushaltssatzung 2013 / 2014 BV/872/2012

Herr Banaskiewicz findet z. B. die Maßnahmen in der Bergerstraße nicht in der Darstellung im Haushaltsplan und fragt, ob die für die Sanierung der Bergerstraße finanzielle Mittel eingeplant sind.

Frau Fellner antwortet, dass im Haushaltsentwurf insgesamt für die Straßenbau- und Gehwegmaßnahmen nur 295,0 T€, davon 195,0 T€ für Straßenbau und 100,0 T€ für Gehwegunterhaltung eingestellt sind. Die Maßnahme Bergerstraße würde sich auf die Hälfte der eingestellten Mittel belaufen, so dass ca. 100,0 T€ für andere Maßnahmen blieben.

Die Maßnahme Regenentwässerung Bergerstraße ist im Haushalt unter dem Produkt Sanierungsgebiet zu finden und kann auch gefördert werden.

Der Knotenpunkt Bergerstraße wird ebenfalls mit Städtebauförderungsmitteln finanziert.

Herr Hey hat die Präsentationen der Ämter des Baudezernates zum Haushalt 2013/2014, die im letzten ABPU am 06.11.2012 vorgestellt wurden, als gut befunden und sehr anschaulich

dargestellt.

Herr Sachse stellt die Frage, ob der ABPU eine Empfehlung zur Haushaltssatzung abgeben soll oder der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung entscheiden sollen.

Es wurde über die Beschlussvorlage nicht abgestimmt.

TOP 10.8

Wiederbefahrbarmachung der L 293 ("Telekomstraße") zwischen der Stadt Eberswalde und der Stadt Biesenthal

BV/892/2012

Herr Postler unterstützt zwar den Beschlussvorschlag, steht demgegenüber aber sehr kritisch, auch hinsichtlich der finanziellen Mittel.

Herr Schubert spricht sich für die Beschlussvorlage aus und wird der Vorlage seine Zustimmung geben.

Herr Dr. Mai spricht sich dafür aus, den ersten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen, um alle Möglichkeiten zu prüfen.

Frau Oehler erklärt und wies darauf hin, dass die Wiederherstellung der L 293 „Telekomstraße“ ausgiebig im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Beratung des Verkehrsentwicklungsplanes diskutiert wurde und langfristig gesehen aber der Bedarf der Wiederbefahrbarmachung auf Grund von Untersuchungen des Planungsbüros aus dem Jahr 2007 nicht so erheblich sein wird. Zu beachten sind hierbei auch die Straßenunterhaltung, eventuelle Reparaturen der Straße und der Winterdienst und die demografische Entwicklung in der Stadt Eberswalde.

Herr Dr. Spangenberg sieht derzeit keine Notwendigkeit, die L 293 jetzt schon auszubauen.

Herr Pringal unterstützt die Aussagen von Frau Oehler im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes und wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Hey unterstrich noch einmal, dass die Straße nicht bedeutsam ist und spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Herr Sachse führt aus, dass die L 293, die sogenannte Telekomstraße, sicher wünschenswert sei, aber auf Grund der derzeitigen Haushaltssituation die Mittel für einen Straßenneubau nicht vorhanden sind.

Herr Kumm sagt, dass der finanzielle Aspekt natürlich ein gravierender Aspekt ist, aber der Bedarf für die Straße wohl vorhanden ist.

Herr Schubert erklärt, dass der erste Satz des Beschlussvorschlages zu streichen und neu zu formulieren ist.

Herr Banaskiewicz führt aus, dass man über Möglichkeiten, die Straße doch auszubauen, nachdenken sollte unter Berücksichtigung der Kosten.

Herr Sachse stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird in einem ersten Schritt beauftragt, die Möglichkeiten zum Straßenbau "Telekomstraße" auszuloten und den Stadtverordneten vorzulegen, die sich aus der am 17.12.2009 von den Stadtverordneten mehrheitlich zugestimmten Umstufungsvereinbarung mit dem Land Brandenburg/Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg hinsichtlich einer Wiederbefahrbarmachung ergeben.

Zu berücksichtigen sind bei der Erarbeitung von Möglichkeiten der Wiederbefahrbarmachung insbesondere:

- Kostengesichtspunkte,
- Ausbaumöglichkeiten (z. B. Fahrradstraße oder einspurige Fahrbahn mit Ausweichbuchten, weitere),
- Fördermöglichkeiten durch Bund, Land und Landkreis Barnim; z.B. Berücksichtigung der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden des Landes Brandenburg – Teil kommunaler Straßenausbau – (Rili KStB Bbg.) und den bereits zugesagten 300.000 Euro des Landkreises Barnim (Beschlussnr. 158-09/05) für dieses Vorhaben,
- notwendige Zusammenarbeit mit der Stadt Biesenthal und dem Landkreis Barnim

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau,
Planung und Umwelt

E. Martin
Schriftführerin

